

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsdruckerei 18. Tel. Nr. 1: Pulsnitzer Tageblatt
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Wochenblatt Postkonten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinstellung an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Post oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,00 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Sp. Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Sp., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp.; amtlich 1 mm 30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thelenberg, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. G. Bräuer's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 251

Sonnabend, den 26. Oktober 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Umlagebeiträge für die Viehseuchenentschädigung und die staatliche Schlachtviehvericherung

Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 15. Oktober 1929 haben die Besitzer von Einhufern (Pferden, Eseln, Maultieren, Maulteulen) nach dem Stande vom 1. 12. 28 und die Besitzer von Rindern nach dem Stande vom 2. 9. 29 folgende Beiträge zu den Viehseuchenentschädigungen und zur staatlichen Schlachtviehvericherung spätestens bis zum 10. November 1929 zu bezahlen:

Für Einhufer je 3,— RM,
für Rinder bis zu 3 Monaten je 1,— RM,
für Rinder im Alter von 3 Monaten aufwärts je 5,20 RM.

Mit der Einhebung wird demnächst begonnen werden.

Pulsnitz, den 24. Oktober 1929.

Der Stadtrat.

Das Verzeichnis derjenigen im Stadtbezirk Pulsnitz wohnhaften Personen, die zum Amte eines Schöffen und Geschworenen berufen werden können, liegt

vom 4. November bis zum 9. November 1929

während der öffentlichen Geschäftszeit (8—1/2 Uhr) im Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 4, zu jedermanns Einsicht aus. Während dieser Zeit kann gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit dieses Verzeichnisses schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden.

Pulsnitz, den 23. Oktober 1929.

Der Stadtrat.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg haben im

Das Wichtigste

In Krust bei Udenach stürzte Freitagmorgen eine StraÙe, auf der ein Kraftwagen fuhr, plötzlich ein. Man entdeckte unterirdische Gänge, die aus der Römerzelt stammen. Es wurde festgestellt, daß fast unter dem ganzen Ort unterirdische Gänge liegen. Das „Giornale de Italia“ meldet, daß die Zahl der Todesopfer bei dem Explosionsunglück bei Bologna auf 18 gestiegen ist, da die bisher als vermißt gemeldeten Arbeiter auch nicht mehr am Leben sind. Nach einer Meldung japanischer Blätter, soll am Freitag ein Anschlag auf Marshall Tschianaisch verübt und Tschianaisch leicht verwundet worden sein. Eine Bestätigung der Nachricht von chinesischer Seite liegt bis jetzt noch nicht vor.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Bescheidenheit ist eine Zier

Man ist heute so gern und rasch bei der Hand, mit einem verächtlichen Wort oder mit einem erhabenen Nasenrumpfen sich über Dinge hinwegzusetzen, die von dem Einzelnen entweder eine Rücksichtnahme auf die Gesamtheit fordern oder die auch nur den Anschein erwecken, als ob sie eine Bescheidenheit der persönlichen Freiheit nach sich ziehen könnten. Wie sollte man auch Zeit der Ellenbogenmoral, in der das oberste Gesetz alles Handelns die rücksichtslose Geltendmachung des eigenen Rechts ist, wie sollte in einer Welt des krassen Egoismus noch Verständnis sein für den tieferen Sinn des Wortes „Bescheidenheit ist eine Zier“? Mauerblümchenstandpunkt! Das war einmal!

Und trotzdem hat der Satz mehr denn je Anspruch auf Beachtung. Freilich nicht jene falsche Bescheidenheit, die hart an Feigheit streift oder die zum mindesten ein Zeichen mangelnden Selbstvertrauens und einer geringen Selbstschätzung ist. Genies sind Hundertjahrblumen und Werkzeuge der Weltgeschichte. Aber irgendwie schöpferisch veranlagt ist jeder Mensch. Wem das Glück „Erkenne dich selbst!“ zuteil geworden ist, wird nie in Ueberheblichkeit nach den Sternen greifen. Weil in seinem Unterbewußtsein immer der Regulator des „Maßes in allen Dingen“ sein Kräfte kontrolliert.

Die wirklich großen Menschen waren daher wohl von dem Wert ihrer Leistungen überzeugt. Denn sonst hätten sie nicht gerungen und gestrebt. Aber wenn auch ihre Tat wie ein Fanal aufleuchtete, das Bewußtsein, daß sie Schaffende, Vollender sein durften, war ihnen Lohn genug. Nur Halbköpfer, Halbweiser und Scharlatane brauchen großes Rampenlicht, brauchen den Wortweirauch der Superlative, um optische Täuschungen zu erzielen. Eintagstriumphe. Seifenblasen der Sensation.

Für die wahre Kultur, für den Grad der seelischen Reife und für das Bild einer wirklichen Persönlichkeit wird daher das Maß seiner Bescheidenheit der beste Wertmesser sein.

Pulsnitz. (Die Rentnempänger), die im Laufe des Monats Oktober eine Mitteilung über Erhöhung ihrer Rente erhalten haben, müssen am 1. November zwei Quittungen vorlegen und zwar eine Quittung für die Nachzahlung für Monat Oktober und eine Quittung für den laufenden, aber erhöhten Monatsbetrag für November. Rentnempänger, die noch keine Nachricht über Erhöhung ihrer Rente haben, erhalten die erhöhte Rente und die Nachzahlung in den nächsten Monaten.

Pulsnitz. Wo ist morgen Kirmes — oder wo gibt es einen guten Gänsebraten? In Lichtenberg, Kleindittmannsdorf, Mittelbach, Niedersteina, Weiß-

Daladier soll die französische Regierung bilden

Severing über Finanzreform und Stahlhelmauflösung im Rheinland

Paris. Der Vorsitzende der Radikalen Partei, Daladier, stiftete am Freitag dem Präsidenten Doumergue im Elysee einen Besuch ab. Beim Verlassen des Elysee erklärte Daladier, der Präsident habe ihn mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Er habe sich eine Frist ausbedungen. Daladier reiste dann sofort im Kraftwagen nach Reims ab, wo gegenwärtig der Radikale Parteikongreß tagt, um seine politischen Freunde zu Rate zu ziehen.

Daladier wird sich zunächst an die Sozialisten wenden, um sie zu einer verantwortlichen Beteiligung an der Regierung aufzufordern. Für die Sozialisten aber gilt noch immer der Beschluß des Kongresses, durch den sich die Partei dazu bereit erklärte, selbst die Regierungsbildung zu übernehmen, auf der anderen Seite aber jede aktive Beteiligung an einem anderen Kabinett ablehnte. Leon Blum wird dem Führer der Radikalen antworten, daß die Sozialisten keinen ihrer Leute in das Kabinett Daladier entsenden könnten, ein solches Ministerium aber mit ihren Stimmen im Parlament unterstützen wollten, falls es ein demokratisches Reformprogramm des inneren und äußeren Friedens zu verwirklichen sich verpflichte.

Daladier wird dann gezwungen sein, an die rechts von den Radikalen stehenden Gruppen zu appellieren, um die Bildung eines Kartellkabinetts zu versuchen. Die dafür in Frage kommenden Gruppen, die radikale Linke (Ligueur), die sozialistischen Republikaner (Briand und Painlevé) und die unabhängige Linke haben aber zu wiederholten Malen durch den Mund ihrer Führer verkündet, daß sie sich an einer reinen Linkenregierung nur beteiligen würden, wenn die Sozialisten verantwortlich in ihr vertreten seien.

Vertagung der Saarverhandlungen.

Eine Folge der Pariser Kabinettskrise. Während die deutsche Regierung noch vor einigen Tagen mit aller Entschiedenheit einen Beginn der deutsch-französischen Saarverhandlungen für den 28. Oktober erstrebte und eine Rückwirkung der Pariser Kabinettskrise auf die Saarverhandlungen als unzulässig ansah, hat die deutsche Saardelegation jetzt die Abreise nach Paris aufgeschoben. Die Pariser Kabinettskrise hat also zur Verschiebung der Saarverhandlungen beigetragen.

Unmögliche Forderungen der Franzosen.

Der Bericht der französischen Saarkommission ist fertiggestellt und ist dem Pariser Auswärtigen Amt übergeben worden. Das Ergebnis der wochenlangen Beratungen ist die Feststellung, daß sich zwischen der deutschen und der französischen Auffassung ein tiefer Abgrund

aufzutut. Ein absoluter Widerspruch besteht schon in der Beurteilung der Verhandlungsgrundlage. Die deutsche Meinung geht von der Voraussetzung aus, daß die Frage der politischen Eingliederung des Saargebietes im Prinzip bereits zugestanden sei, und zwar ohne Volksabstimmung und daß die wirtschaftlichen und technischen Verhandlungen lediglich die Ausführungsbestimmungen zu schaffen haben. Die französische Saarkommission dagegen stellt in Uebereinstimmung mit der französischen Regierung fest, daß die Verhandlungen jedes politische Moment beiseitestellen und der französischen Regierung die volle Freiheit lassen müssen, auf einen vorzeitigen Verzicht auf die politischen Rechte Frankreichs im Saargebiet zu verzichten.

Nicht einmal die Rückgabe der Saargruben an ihre frü-

heren Besitzer, die doch im Versailler Vertrag vorgesehen ist, wollen die Franzosen zugestehen.

Die Franzosen fordern die Gründung einer deutsch-französischen Gesellschaft zur Ausbeutung der Saargruben.

Ebenso unmöglich sind die französischen Forderungen auf dem Gebiete des Zollwesens. Die Kommission verlangt die Zugehörigkeit des Saargebietes zum französischen Zollgebiet und die vollkommen freie Einfuhr der französischen Waren in das Saargebiet bis zum Jahre 1935.

Minister Severing über Finanzreform und Stahlhelmauflösung im Rheinland

Mannheim, 26. Oktober. In einer Wahlversammlung sprach am Freitag abend Reichsminister Severing, nachdem er auf die Zusammenhänge zwischen Reichs- und Landespolitik hingewiesen hatte, kam er auf die endgültige Regelung des Finanzausgleichs zu sprechen. Er wies darauf hin, daß die Finanzreform nicht eher in Angriff genommen werden könne, als bis der Youngplan mindestens im Haag angenommen sei. Er gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß die deutschen Unterhändler noch einige Erleichterungen erreichen könnten. Wenn jedoch die anderen Vertragspartner Verschlechterungen planen, dann müsse auch die deutsche Regierung das Recht haben, nein zu sagen. Weiter sprach Severing auch über die Auflösung des Stahlhelms im Rheinland und betonte, wenn die Meldung verbreitet worden sei, daß die Auflösung auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes erfolgt sei, so sei davon kein Wort richtig. Die Auflösungsverfügung sei vielmehr auf Grund des beigebrachten Materials ausgesprochen. Den unmittelbaren Anstoß dazu habe eine von 6000 Mann ausgeführte militärische Uebung gegeben, die in einem denkbar ungünstigen Augenblick stattgefunden habe, nämlich zur Zeit des Abzuges eines Teiles der Besatzungstruppen. Der Minister betonte, daß es bei dem Verbot bleibe, selbst wenn die Reichsregierung eine Nachprüfung des Verbotes anordnen sollte. Aber eine Reichsregierung, in der er, Severing, Innenminister sei, werde das nicht tun. Es werde kein Unterschied gemacht zwischen Verbotsverletzungen des Roten Frontkämpferbundes oder des Stahlhelms. Dem Reichstag werde bei seinem Zusammentritt deshalb auch ein neues Republikenschutzgesetz vorgelegt werden.

Weshalb wurde der Stahlhelm im Rheinland verboten?

Durch eine vertrauliche Korrespondenz „Die deutschen Führerbriefe“ ist die Mitteilung verbreitet worden, daß das Verbot in Rheinland und Westfalen nicht auf innerpolitische Gründe, sondern auf eine Initiative des Auswärtigen Amtes zurückgehe. Der Vorkämpfer von Hoesch habe berichtet, daß man in Frankreich die Uebungen des Stahlhelms beim Langenberger Sender zum Vorwand für einen Aufschub der Räumung der Rheinlande nehmen wolle. Daraufhin habe der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Schubert, den Reichsinnenminister Severing um entsprechende Maßnahmen ersucht, er sei aber an das preussische Innenministerium verwiesen worden.

